



[7 Thinking Steps zum EU-Vertragspaket](#)

Step 5: Sicherer und bezahlbarer Strom?

Peter Keller: *Frau Martullo, wir reden über das neue EU-Vertragspaket mit der Schweiz. Es umfasst 2'228 Seiten, dazu kommen über 20'000 Seiten Verordnungen. Dieser Stapel wäre also zehnmal höher, den wir übernehmen müssen, vor allem von der EU. Im heutigen Podcast geht es um ein wichtiges Thema, nämlich um das Stromabkommen. Was wird sich ändern für die Schweiz mit diesem Stromabkommen?*

Magdalena Martullo-Blocher: Das Stromabkommen ist ein grosses Abkommen. Wir übernehmen sehr viele EU-Regulierungen, das sind über 100 Erlasse, die dann kommen und auch sehr, sehr kompliziert sind. Man muss sagen, dass in der EU der Binnenmarkt im Strom nicht umgesetzt ist. Die Länder fahren ihre eigene Strategie, entgegen dem EU-Kurs. Wir aber würden alle EU-Richtlinien, Gesetze, Verordnungen, Gerichtsentscheide übernehmen müssen. Wir wären wahrscheinlich die Einzigen in Europa, die dann an das EU-Stromrecht gebunden sind.

Was würde sich ändern? Mal der Grundsatz: Die Schweiz wird ganz klar verpflichtet, neu nicht mehr für die Schweiz zu agieren, also zum Nutzen der Schweiz, sondern sie muss ihre Strompolitik zum Nutzen des gesamten Raumes, der EU inklusive Schweiz, optimieren. Das heisst, die Effizienz als Ganzes wird angeschaut, die Netzsicherheit wird als Ganzes beurteilt, auch die Versorgungssicherheit und natürlich auch die Preise. Die Schweiz muss ihre Handlungen, nämlich Strom produzieren, Strom einspeisen oder beziehen, auf das grosse Ganze abstimmen. Das ist eine wesentliche Änderung. Bis jetzt konnten wir uns im Strommarkt nach der Schweiz und den Schweizer Bedürfnissen richten, auch wenn die grossen Stromkonzerne immer weniger die Versorgungssicherheit im Blick haben und auch Strom-Handel betreiben. Neu kontrolliert die EU, ob wir auch wirklich zum Nutzen des grossen Ganzen agieren. Wenn nicht, gibt es wieder Strafmassnahmen.

Peter Keller: *Die Befürworter argumentieren gerade mit der Versorgungssicherheit. Sie sagen, wir brauchen dieses Abkommen mit der EU. Die Schweiz produziert im Winter zu wenig Strom, also sind wir angewiesen auf diese Importe und das Stromabkommen regelt diese Importe.*

Magdalena Martullo-Blocher: Ja, es ist so, dass wir im Winter angewiesen sind auf die EU. Wir haben auch ein verbundenes Netz. Wenn diese Flatterstromquellen – Windenergie, Sonnenenergie – schwanken, was jetzt immer mehr der Fall ist, weil immer mehr mit Alternativenenergie Strom erzeugt wird, auch in der EU, dann gibt es grosse Netzausschläge. Dann sind wir im gleichen Netz und speisen dann

auch ein, zum Beispiel bei den grossen Ausfällen jetzt in Spanien, haben wir auch mitgeholfen mit dem Einspeisen unseres Stroms, sodass das Netz wieder hochkommt.

Wir sind im Netz verbunden und wir betreiben auch bereits Handel mit der EU. Es ist einfach so, dass die EU uns auch hier diskriminiert hat. Sie hat gesagt: Wir können nicht darauf verzichten, dass auch die Schweiz weiss, was genau läuft im Strom, wer produziert, wer nicht, wer macht eine Sanierung in der EU, weil ihr müsst ja auch ausgleichen. Wir sind im gleichen Netz, aber offiziell seid ihr nicht mehr dabei und offiziell sagen wir nicht mehr, dass ihr ein Mitglied seid, aber unsere technischen Leute sind immer noch dort dabei, weil sonst ginge es gar nicht. Jetzt sagt man, das ist ein Risiko, wenn wir nicht voll dabei sind. Zweitens sagt man, wir haben Verträge, zum Beispiel mit den Kernkraftwerken in Frankreich, mit einer Lieferverpflichtung und man sagt, vielleicht könnte die EU plötzlich sagen, nein, da wird jetzt nicht mehr geliefert und darum sollten wir diesen neuen Vertrag haben. Normalerweise und bis jetzt hatten wir die Verträge mit den Ländern oder Regionen oder direkt mit den Energiegesellschaften im Ausland. Das wird jetzt eine grosse Änderung. Es ist nicht mehr möglich, dass wir selber investieren oder einen Vertrag machen mit einer Bevorzugung in diesem neuen Vertrag. Wir müssten die Kernkraftwerkverträge mit Frankreich mit diesen neuen Verträgen einstellen, weil es keine grenzüberschreitenden Bevorzugungsverträge mehr gibt. Dann sind wir da schlechter gestellt. Wir müssen den Strom jeweils am freien Markt beziehen.

Wird die Stromversorgung sicherer mit dem EU-Stromabkommen? Die Stromversorgung in der Schweiz, der Anteil der Eigenversorgung ist grösser als in der EU. Wir sind eigentlich besser versorgt, weil wir auch nicht diese Schwankungsgrössen wie in der EU haben, weil wir natürlich weniger Solar- und Windkraftwerke haben für Strom. Wir haben immer noch mehr Wasserkraft und Kernkraftwerke.

Ist der Strom billiger? Nein, in der EU ist der Strom nicht billiger. Die EU muss jetzt den Strom künstlich verbilligen für Grossbezüger in der Industrie, weil sie nicht mehr konkurrenzfähig sind. Die EU-Strompolitik ist teurer als in der Schweiz. Ich verstehe nicht ganz, dass man sagt, wir kommen dann zu billigerem Strom. Ich sehe nicht, woher der billigere Strom kommt. Man kann heute schon Stromverträge machen, sogar freier als künftig, weil wir auch privatwirtschaftlich Verträge abschliessen können.

Peter Keller: *Das ist sicher für viele Menschen in der Schweiz die entscheidende Frage: Wird der Strom teurer mit diesem EU-Stromabkommen? Damit verbunden ist auch die Frage, was die Auswirkungen der Liberalisierung der Strommärkte sind. Das heisst, künftig können die Kunden, auch ich als kleiner Haushalt, frei zwischen den Stromanbietern, auch von ausserhalb der Schweiz, wählen. Bringt diese Liberalisierung mehr Vor- oder Nachteile, auch mit Blick auf die Preise?*

Magdalena Martullo-Blocher: Es ist eben keine Liberalisierung. Es ist sogar noch mehr Regulierung als bisher. Man sagt zwar von der EU, ihr müsst liberalisieren. Das heisst, jeder muss seinen Stromanbieter wählen können, auch im Ausland. Die grossen Firmen haben das heute schon, ich gehöre auch dazu. Ich kaufe den Strom international ein. Die kleinen Bezüger in der Schweiz, auch die kleinen Firmen, können das nicht. Sie sind in einem Monopol mit einem Anbieter, der ihnen seine Kosten mit einem Gewinnaufschlag verkauft. Wenn der Schweizer Anbieter selber Strom produziert, mit einem Wasserkraftwerk oder einem Kernkraftwerk, muss er diese Kosten und nur diese mit einem kleinen Gewinnaufschlag den kleinen Konsumenten verrechnen. Wenn das nicht reicht und er noch einkaufen

muss in Europa, kauft er das auch an der Börse ein. Diese Kosten mit einem Gewinnaufschlag kommen dann auch in diesen Mix für die kleinen Anbieter. So ist es heute.

Neu soll es so sein, dass der Kleine wählen kann. Ich als Stromkunde kann nur am freien Markt in Europa einkaufen. Ich mache nichts mehr mit dem lokalen Anbieter. Oder ich bleibe bei meinem Anbieter, der mir nur die Kosten mit einer Gewinnspanne aufschlägt. Was passiert, wenn der Strom im Ausland billiger ist als im Inland? Zum Beispiel, weil sehr viel Solarstrom produziert wird, sehr viel Windstrom. Manchmal ist der Strompreis im Sommer in Europa negativ. Man bekommt noch Geld, wenn man Strom bezieht. Natürlich kostet der Strom auch, aber sie finden keinen Abnehmer mehr. Also zahlen sie noch, dass der Strom weg ist, dass sie wenigstens die Subvention vom Staat bekommen.

Wenn der Strom jetzt billiger ist im Ausland, werden die Kleinen ins Ausland wechseln und sagen, ich beziehe nicht mehr vom lokalen Produzenten, der da ein Wasserkraftwerk oder ein Kernkraftwerk oder von mir aus ein Solarpark betreibt. Ich gehe ins Ausland und kaufe den Strom dort. Dann ist das gut und recht. In der Zwischenzeit aber sagt der Lokale in der Schweiz, ich weiss ja nicht, ob ich diesen privaten Kunden in Zukunft wieder habe. Ich weiss nicht, wie viel Strom ich überhaupt brauche, ich baue nicht aus, sondern ich kaufe auch am Markt ein.

Dann wird der Strompreis in Europa wieder teurer. Dann will der Kleine nicht mehr in Europa kaufen, sondern lieber beim Billigeren, der nur Kosten und eine Gewinnmarge in der Schweiz berechnet. Und er will zurück. Aber derjenige hat dann den Strom nicht vorbereitet, weil er muss dann auch im Ausland einkaufen. Das wird nicht funktionieren, dass er einfach zurück kann zu günstigen Kosten. Das hat Bundesrat Rösti, meiner Meinung nach, zu wenig bedacht. Er hat den Kleinen versprochen, sie können immer wieder, auch während des Jahres, zurückwechseln. Er müsse dann schon etwas zahlen, aber dieser Mehrpreis wird sehr hoch sein. Dann sagt sich der Kunde: wenn ich gleich viel bezahle, weil der lokale Anbieter den Strom auch im Ausland einkauft, dann habe ich ja gar keinen Vorteil. Und am Schluss werden wir alle diese Differenz bezahlen. Wenn der Kleine im Ausland billiger einkauft, wird er profitieren. Wenn er zurückwill, zahlen wir dann die Differenz des Einkaufs und es wird einfach weniger investiert, weil die Abnahmemengen nicht da sind.

Also, es ist nicht liberal. Der Kunde kann immer wechseln, aber wer zahlt die Differenz? Beim Ukraine-Krieg haben wir das erlebt. Da war der Strompreis sehr hoch und auch die kleinen oder mittleren Firmen, die schon im freien Markt waren, wollten zurück in die Grundversorgung. Und wir haben gerechnet, was dies kosten würde. Das waren Milliardenbeträge, die der Bund nie hätte übernehmen können. Also das sind dann Beträge, die wir alle am Schluss irgendwo wieder zahlen. Also das mit dem reinen Hin- und Herwechseln und überall profitieren, das ist eine schöne Fantasie für den Kleinen, aber es wird nicht stattfinden und der Kleine wird auch mit dem europäischen Strommarkt überfordert sein, weil der ist sehr reguliert und beeinflusst durch die Politik.

Ich bin selber am Strommarkt. Das ist eine rein politische Angelegenheit, vor allem auch der Länder. Also auch die Liberalisierung, dass ich dann frei bin und wirklich die Verantwortung tragen muss für meine Entscheidung, hat der Bundesrat jetzt mehr als rückgängig gemacht: Weil er jeden Vertrag regulieren will, der im Strombereich abgeschlossen wird: Der Preis muss drin sein, die Konditionen, wie das formuliert ist, die Kündigungsfristen. Er will die ganzen Stromverträge durchregulieren. Wie er das dann macht, ist noch offen. Aber das gibt Zusatzaufwand, das gibt Bürokratie.

Er verfolgt auch jede Arbeitsstelle im Strommarkt, weil gerade die linken Parteien Angst haben, dass Leute dann entlassen werden im Strommarkt, wenn man ihn

liberalisiert. Weil alle dann, wenn es billiger ist, ins Ausland gehen und niemand mehr in der Schweiz investiert. Und da hat der Bundesrat gesagt, er lässt sich jede Stelle rapportieren und überwacht sie. Das wird sicher nicht billiger. Also hier sind viele Träume, die in der Praxis scheitern werden, glaube ich.

Peter Keller: *Also Sie setzen ein grosses Fragezeichen zur Liberalisierung des Strommarktes und ob er wirklich diese Vorteile bringt. Sie sagen nein. Man muss wahrscheinlich auch ein Fragezeichen setzen bei den Ausnahmen, die der Bundesrat im Strombereich ausgehandelt hat. Er beruhigt immer wieder, die Schweiz habe sich mit der EU Ausnahmen gesichert, weil er weiss, dass viele dieses Abkommen kritisch sehen.*

Magdalena Martullo-Blocher: Das ist so. Alle Ausnahmen im Stromvertrag sind zeitlich befristet. Das sind nur Übergangsausnahmen. Diese Ausnahmen sind zur Unterstützung der erneuerbaren Energie, was der Bund befürwortet. Dann auch für die Einspeisevergütung für Investitionen in die Alternativenergie, auch der Haushalte. Das ist alles befristet. Auch der Wasserzins ist befristet und nur solange geregelt, wie die EU das akzeptiert.

Peter Keller: *Was ist der Wasserzins?*

Magdalena Martullo-Blocher: Wenn ein Wasserkraftwerk gebaut wird, bekommt der Kanton, wo das Wasserkraftwerk steht, einen Teil des Erlöses, den die Stromkonzerne aus dem Verkauf des Stroms erzielen. Das ist gerade für die Bergkantone sehr wichtig. Das ist auch alles befristet.

Peter Keller: *Sind die Stromreserven auch befristet?*

Magdalena Martullo-Blocher: Vielleicht auch die Unterstützung von Biomasse, die Restwasser-Menge, ökologische Sanierung der Wasserkraft, das ist alles auch zwischen sechs und zehn Jahre befristet. Und was Sie richtig sagen, die Stromreserven. Jetzt haben wir in der Schweiz investiert für Stromreserven und werden weiter gross investieren, vor allem Gaskraftwerke, zu meinem Leidwesen. Aber es wurde jetzt beschlossen, dass man das so macht. Diese Stromreserve ist auf sechs Jahre befristet. Und wenn dann die EU findet, diese Stromreserven entsprechen nicht ihren Regelungen, ihren Anforderungen, müssen wir die sogar abschalten. Also die kommen dann gar nie zum Zug. Und neue können dann auch nicht mehr gebaut werden.

Also die EU entscheidet, ob wir das nötig haben als Gesamttraum mit der EU und ob das sinnvoll ist, ob wir Reserve, die wir sogar schon haben, noch betreiben dürfen. Und das geht natürlich gar nicht, dass wir nicht einmal mehr selber über die Reserve verfügen können. Natürlich sagt der Bundesrat, wir sehen heute da nicht grössere Probleme. Aber wer weiss, was in den nächsten sechs Jahren reguliert wird.

Dann kommt hinzu, dass die EU ja ein CO₂-Ziel hat. Das wird für uns auch verbindlich erklärt im Strom-Abkommen. Auch der Green Deal, Umweltbelange sind verbindlich. Ob unsere Reserve, Gas- und Ölkraftwerke, in sechs Jahren noch den EU-Vorgaben entsprechen, wissen wir nicht. Die EU sagt, sie wolle aus dem Fossilen aussteigen. Gleichzeitig macht sie einen Riesen-Deal mit Präsident Trump, um Öl und Gas in grossen Mengen zu kaufen. Der Ausstieg wird zum Teil vorverschoben, dann wieder nach hinten geschoben. Da gibt es überhaupt keine zuverlässige Rechtssituation. Wir wissen also nicht, was uns erwartet. Wir wissen nur, dass die EU entscheidet, was wir machen im Strom und ob wir

Reservekraftwerke noch betreiben und bauen können. Und das ist schon ein einschneidender Entscheid.

Peter Keller: *Sie haben jetzt die Reservekraftwerke angesprochen, die mit fossilen Brennstoffen betrieben werden. Aber die Schweiz hat natürlich auch ein grosses Plus, und das sind die Wasserkraftreserven in den Bergen. Wird da die EU früher oder später auf diese Wasserkraftreserven in ihrem Interesse zugreifen können?*

Magdalena Martullo-Blocher: Natürlich, das ist das Hauptinteresse der EU, dass wir ihren Flatterstrom oder ihre Lücken mit unserer Wasserkraft ausgleichen. Heute können wir das selbst bestimmen, auch zu welchem Preis. Natürlich muss das Netz immer stabil bleiben, aber sonst sind wir frei. Neu sind wir nicht mehr frei. Wir verpflichten uns, den ganzen EU-Raum möglichst effizient zu bedienen, möglichst sicher zu versorgen. Und es steht schon in der Absichtserklärung, welche die EU mit der Schweiz unterschrieben hat, dass dieser gemeinsame Raum Vorrang hat. Das gilt insbesondere auch für die Wasserkraftwerke. Die wurden schon in der Absichtserklärung separat erwähnt.

Am Schluss sagt die EU, wir brauchen jetzt Strom, wir brauchen jetzt günstigen Strom, also werft die Wasserkraft an. Die Stromkonzerne und die Kantone bedenken zu wenig, dass sie dem EU-Regime ausgeliefert sind: Wann sie produzieren, zu welchen Preisen und wohin sie liefern. Da sind wir eingeschränkt, viel mehr als die EU-Länder, die das EU-Recht gar nicht umsetzen. Aber wir haben die Ausgleichsmassnahmen, das wird dann sehr teuer. Wenn wir die EU dann nicht beliefern und die EU deswegen einen teureren Strompreis hat, zahlen wir dann die Differenz irgendwo als Strafe mit einer einschneidenden Massnahme. Das können wir nicht eingehen, das sind auch sofort riesige Beträge und Summen.

Peter Keller: *Auch wenn man von Stromkonzernen spricht, tatsächlich sind die Kantone Eigentümer vieler Elektrizitätswerke. Diese kantonalen Elektrizitätswerke produzieren den Strom, investieren in den Ausbau der Produktion, aber sie sind auch Netzbetreiber, müssen auch dort investieren. Ist dieses Zusammenspiel, dieses System überhaupt noch möglich in Zukunft?*

Magdalena Martullo-Blocher: Es wird sich ändern. Es beginnt schon auf der Swissgrid-Ebene, also der nationale Netzbetreiberin der Hochspannungsnetze. Das ist ein Monopol, das den Stromkonzernen gehört. Und diese gehören wieder zu einem grossen Teil den Kantonen. Die müssen sich jetzt entflechten, sie dürfen nicht mehr selber Produktion und Vertrieb haben und auch nicht personell gleich besetzen. Sie dürfen auch nicht mehr die gleiche Infrastruktur benutzen. Es wird sicher teurer, wenn man das entflechtet.

Dann bei den Netzverteilern werden sich auch die 15 grössten aufgliedern müssen. Unser Bundesrat sagt jetzt, das sind (nur) die 15 grössten. Ich bin nicht so sicher, ob nicht noch weitere darunterfallen. Diese Netzverteiler dürfen nur noch entweder Produktion oder Vertrieb haben. Das betrifft natürlich viele Gemeinden, die beides haben: sie produzieren und beliefern gleichzeitig die Stadt oder das Dorf. Das wird eine grosse Änderung geben. Es ist eine ziemlich revolutionäre Umwälzung auch in der Struktur des Strommarktes. Insgesamt haben wir 600 solche Elektrizitätsunternehmen. Wie die dann zurechtkommen mit dem EU-Recht, auch gegenüber ihren Kunden und dem Bund, der sie mit diesen Verträgen so reguliert und mit dem rein und raus der Kunden...

Die kleineren Elektrizitätsunternehmen werden das wahrscheinlich nicht schaffen. Für die grösseren gibt es viel Zusatzaufwand. Es wird sicher auch dort nicht billiger.

Zum Teil weiss man noch gar nicht, wie man das strukturieren soll. Man sagt in der Botschaft des Bundesrats, das sei sehr aufwendig. Deshalb haben wir eine Übergangsfrist eingerichtet. Aber der Endzustand ist sicher auch nicht einfach. Aufwendig heisst immer viel Kosten, Unklarheit. Die Energieversorgung ist für ein Land natürlich eminent wichtig, auch für die Wirtschaft, die Industrie. Dass man hier so leichtfertig sagt, wir stellen alles auf den Kopf, obwohl wir noch gar nicht wissen, wie und was und wo. Das ist sehr leichtsinnig und mit grossen Risiken verbunden.

Peter Keller: *Es ist eine Umwälzung. Unser System, wie Sie gesagt haben, wird auf den Kopf gestellt. Natürlich sind da insbesondere die Kantone betroffen, die sehr oft Eigentümer der Elektrizitätswerke sind. Gleichzeitig sagt der Bundesrat, diese Verträge seien nicht so wichtig, dass man eine obligatorische Volksabstimmung darüber machen muss, wo auch eine Mehrheit der Kantone zustimmen muss, obwohl gerade in der Strom-Frage die Kantone massiv betroffen sind.*

Magdalena Martullo-Blocher: Das stimmt. Aber wir sehen das in vielen Verträgen. Auch beim Lebensmittelrecht sind die Kantone betroffen. Da werden Kompetenzen, die eigentlich in der Verfassung den Kantonen zugeteilt sind, einfach weggenommen. Das ist jetzt Völkerrecht und Völkerrecht geht immer vor Landesrecht. Das wird nachher die Situation sein. Die Kantone sind auch überfordert mit der EU-Stromregulierung, weil sie unglaublich kompliziert ist, komplex und eben von den meisten Ländern gar nicht umgesetzt wird. Wir haben also auch keine Beispiele, wie das zu machen wäre. Alle diese Staatsbeteiligungen, Entflechtungsregelungen haben die EU-Länder auch nicht umgesetzt. Aber wir müssen es dann.

Ich denke, etwas, was man nicht versteht und auch nicht weiss, wie man es machen soll und wie es dann rauskommt, sollte man in einem so kritischen Bereich in diesem Ausmass einfach nicht eingehen. Da muss man aus Prinzip schon Nein sagen. Was dann noch alles kommt in Zukunft, das wissen wir auch nicht. Ich vertraue sicher nicht der EU-Strompolitik. Ich verfolge sie schon seit Jahrzehnten. Dann vertraue ich noch lieber der Strompolitik der Schweiz, die leider in gewissen Belangen auch der EU gefolgt ist und schlechte Erfahrungen gemacht hat.

Der Strom ist sicher nicht billiger geworden, indem man alles mit Alternativenenergie machen will und ein AKW abstellt wie in Deutschland. Das sind wir Deutschland gefolgt. Die Kantone sollten den Mut haben und sagen, nein, da sind wir nicht dafür, weil wir sehen gar nicht, wie wir davon profitieren können am Schluss. Die Kantone werden nicht profitieren. Ich wüsste nicht, wo.

Peter Keller: *Frau Martullo, abschliessend in einem Satz. Warum sollen die Schweizerinnen und Schweizer das EU-Vertragspaket und zu dem gehört auch dieses neue, weitreichende Stromabkommen ablehnen?*

Magdalena Martullo-Blocher: Weil wir in einem so wichtigen Thema wie dem Strom einen Kolonialvertrag eingehen. Wir produzieren und verkaufen am Schluss im Interesse der EU und nicht mehr im Interesse der Schweiz. Es wird teurer wegen der ganzen Regulierung. Man sagt zwar liberalisieren, aber es ist eine Regulierung und die Versorgung wird unsicherer. Ich glaube nicht, dass wir das wollen. Am Schluss will sicher niemand, dass wir die Wasserkraftwerke und die Kernkraftwerke bei uns auch noch aus der Hand geben und nicht einmal Reservekraftwerke weiter betreiben können.

Peter Keller: *Frau Martullo, vielen Dank für das Gespräch.*

Magdalena Martullo-Blocher: Gern geschehen.